

Die Flüchtlingsfrage in Luxemburg

Migrationsexperte Besch zu Entwicklung und Lage

Für Sylvain Besch, Spezialist für Migrationsfragen im Sesopi/Centre intercommunautaire und Mitglied der Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH), ist es wichtig, zwischen Flüchtlingen und Immigranten zu unterscheiden. Seit den 1990er-Jahren habe sich die Debatte in Luxemburg – gerade auch in den Medien – auf die Asylbewerber, d. h. politische Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien beschränkt. In den 1970er-Jahren, so Besch, seien selten mehr als 20 Flüchtlinge im Jahr nach Luxemburg gekommen, eine Ausnahme seien allein die „Boat-people“ aus Vietnam gewesen.

Anfang der 1990er-Jahre kam es dann, so Besch, infolge der Kriege auf dem Balkan zu einem massiven Zufluss von Flüchtlingen größtenteils aus Bosnien-Herzegowina. Und auch in den darauf folgenden Jahren sei die Mehrzahl der Flüchtlinge aus dem auseinander brechenden Jugoslawien gekommen. Für die Kriegsflüchtlinge sei ein spezieller Ad-hoc-Status geschaffen worden, der ihnen ein – erneuerbares – Aufenthaltsrecht von sechs Monaten zugestand. 1990 haben die Caritas, der Sesopi, Pax Christi, Amnesty International, Acat, Asti und Clae den Flüchtlingsrat in Luxemburg gegründet, um auf die Flüchtlingsfrage aufmerksam zu machen.

1996 wurde ein Flüchtlingsgesetz in Luxemburg verabschiedet. Asylanträge werden seither nicht mehr unter rein administrativen Gesichtspunkten behandelt. So wurden zwischen 1994 und 1996 viele Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien reguliert, soweit sie über einen Arbeitsplatz und eine feste Bleibe verfügten.

Seit den 1990er-Jahren vergibt die Regierung aus humanitären Gründen provisorische Aufenthaltsgenehmigungen (autorisation de séjour provisoire – ASP). Das Flüchtlingsstatut nach der Genfer Konvention von 1951 wird dagegen nur in Ausnahmefällen gewährt. Eine Entscheidung des Staatsrats, wonach Ad-hoc-Lösungen keine Rechtsgrundlage haben, sowie der Friedensvertrag von Dayton im Dezember 1995 beendeten die bisherige Praxis. Es kam zu einem Politikwechsel. Flüchtlinge, auch wenn sie in großer Zahl nach Luxemburg kamen, wurden nur noch auf Grundlage eines individuellen Asylverfahrens nach Genfer Konvention anerkannt. Dies war der Fall für Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo, die 1998 und 1999 in Luxemburg Schutz suchten und die Verwaltung vor ernste Probleme stellten.

Im Jahr 2000 trat dann ein neues Flüchtlingsgesetz in Kraft. Dies bildete die gesetzliche Grundlage für das Statut zum zeitlich begrenzten Schutz für Kriegsflüchtlinge, die in Luxemburg Schutz suchten. Daneben wurde eine Toleranzmaßnahme eingeführt für Asylbewerber, die nach Genfer Konvention abgelehnt worden waren, aber in Luxemburg geduldet wurden, solange eine Rückführung ins Heimatland nicht möglich war. (Diese Duldungsmaßnahme wurde auch in Härtefällen genutzt, etwa für Kranke).

2000 forderte die sogenannte „Plattform“ bestehend aus Caritas, Sesopi, Asti und Clae die Regularisierung aller Ausländer ohne Aufenthaltsrecht (unabhängig davon, ob Asylantragsteller oder nicht), die seit einem bestimmten Datum im Land waren. Die Regierung hielt als Stichtag den 1. Juli 1998 fest. Tatsächlich wurden von rund 2 800 Betroffenen etwa 2 000 per Regierungsentscheid auf dem Weg einer Verwaltungsmaßnahme – nicht per Gesetz – reguliert. Laut Besch entsprang dies dem Wunsch, „Tabula rasa“ zu machen angesichts eines „Staus“ von



Sylvain Besch, Spezialist für Migration des Sesopi/Centre intercommunautaire. (FOTO: MARC WILWERT)

Einwanderern ohne gesetzliches Aufenthaltsstatut und einer Vielzahl abgewiesener Asylbewerber, die nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden konnten. Es wurden zusätzlich noch Angehörige von Minderheiten aus dem Kosovo reguliert, sogar wenn sie nach dem 1. Juli 1998 nach Luxemburg geflüchtet waren. Viele andere, nicht anerkannte bzw. nicht regulierte Asylbewerber wurden in ihr Heimatland zurückgeschickt. In den folgenden Jahren wurde die Rückkehrpolitik der Regierung oft hart kritisiert.

2006 setzte Luxemburg in einem Asylgesetz vier EU-Richtlinien (Empfang, Prozedur, Qualifikationen und vorübergehender Schutz) in nationales Recht um. Mit diesem Gesetz wurde das Statut der „Protection subsidiaire“ ergänzend zum Flüchtlingsstatut eingeführt. Seit 1997 wird auch in den EU-Staaten aufgrund der sogenannten Dublin-Regulierung das „Ankunftsland“-Prinzip angewandt. Das heißt, dass im Prinzip der erste Ankunftsstaat für die Behandlung des Asylantrags zuständig ist, was für Luxemburg von besonderer Bedeutung ist, da Luxemburg als einzige EU-Außengrenze den Flughafen Findel hat.

Am 1. Oktober 2008 ist das Einwanderungsgesetz („Gesetz über den freien Personenverkehr und Einwanderung“) in Kraft getreten. Seither kann eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen von besonderer Schwere sowie aus außergewöhnlichen Gründen (Artikel 78 bzw. 89) erteilt werden. Wichtig ist laut Besch vor allem die Anwendung bzw. Auslegung bestehender Gesetze, wie etwa der Rückkehr-Richtlinie. Priorität müsse eine freiwillige oder begleitete Rückkehr haben. Dies sei nur teilweise im Einwanderungsgesetz vorweggenommen worden. 2008 und 2009 hat die Luxemburger Regierung einer freiwilligen Rückkehr den Vorrang gegeben u. a. auch durch Verabschiedung einer Konvention mit der „Internationalen Organisation für Migration“ (IOM) zur Förderung und Begleitung einer freiwilligen Rückkehr.

Hauptprobleme, so Besch, seien die fehlende Harmonisierung auf europäischem Niveau, die nicht auf Minimalnormen basiert, eine nicht immer korrekte Anwendung der verschiedenen Flüchtlingsstatuten aufgrund der Richtlinien im Asylgesetz, die geringe Effektivität des Zugangs zum Arbeitsmarkt über das System der vorübergehenden Arbeitserlaubnis für Asylbewerber nach neun Monaten sowie immer wieder verlängerte Toleranzmaßnahmen ohne Perspektive auf eine definitive Regelung. Eine Rückführung abgewiesener Antragsteller gehöre zwar zwangsläufig zur Asylpolitik, jedoch müsse dies in Sicherheit und in Würde geschehen. Zwangsrückkehr dürfe nur als letzte Maßnahme gemäß dem Gesetz angewandt werden. (wl)

Der Immigrations- und Asylminister zur Lage von

„Wir müssen den Kon

Nicolas Schmit zu Rechtspraxis, Rückführung, Beschäftigung,

INTERVIEW: WOLF VON LEIPZIG

In einem Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ nimmt Immigrations- und Asylminister Nicolas Schmit Stellung zur Flüchtlingspolitik.

■ Wie bewerten Sie die Situation der Flüchtlinge in Luxemburg?

In den vergangenen Monaten ist die Flüchtlingszahl nicht extrem gestiegen. Wir haben seit 2006 eine konstante Zahl von jährlich ungefähr 450 bis 500 Asylbewerbern. Dafür gibt es Prozeduren, und die nehmen wir natürlich extrem ernst, weil das Recht auf Asyl eine extrem ernste Angelegenheit ist – gerade in einem kleinen europäischen Land wie Luxemburg, auch aus historischer Erfahrung.

■ Wie stehen Sie zu Kritik des Hohen Flüchtlingskommissariats der UN (UNHCR) an der Situation in Luxemburg?

Es gibt eine gemeinsame Studie des UNHCR und des Verwaltungstribunals darüber, wie Luxemburger Gerichte Asylverfahren behandeln. Dessen Schlussfolgerungen sind in der Tat nicht angenommen worden. Aber dies läuft zwischen dem UNHCR und der für Asylfälle zuständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Mehr als ein Drittel der Fälle der Verwaltungsgerichte betreffen das Immigrations- oder Asylrecht. Es ist für diese Gerichte eine Herausforderung, all diese Streitsachen zu meistern. Denn die Appelle haben sich vervielfacht. Dies stellt natürlich auch eine Herausforderung für das Ministerium dar, das jedesmal vor Gericht Rede und Antwort stehen muss. Ich habe aber keine deutliche Verstärkung des Personals bekommen. Wir sind für Rechtsschutz und die Chance eines jeden, seine Rechte geltend zu machen, aber hier wird ein juristischer Kampf geführt, welcher der Sache nicht immer dienlich ist.

■ Unlängst wurde eine Gruppe von 22 serbischen Flüchtlingen ins Kosovo zurückgeführt, parallel dazu wurden irakische Flüchtlinge aufgenommen. Wie passt das zusammen?

Da ist absolut kein Widerspruch. Das zeigt, wie ernst wir die Gesetze nehmen. Die Menschen, die in das Kosovo zurückgeschickt wurden, sind durch sämtliche Instanzen und Prozeduren gegangen, aber nicht als Flüchtlinge anerkannt worden. Auch droht diesen Leuten im Kosovo keine Gefahr, auch wenn die Lage im Kosovo für die Mehrheit der Menschen wirtschaftlich schwierig ist. Wir setzen auf einen multi-ethnischen Kosovo, wir wollen die Tragik überwinden. Es kann deshalb nicht sein, dass systematisch jeder, der aus dem Kosovo hierher kommt, automatisch als Flüchtling anerkannt wird und bleiben kann. Umgekehrt geht es bei den Flüchtlingen aus dem Irak – es sind hauptsächlich, aber nicht nur Christen – um Leben und Tod. Seit 2004 gab es praktisch keinen größeren Zwischenfall mehr im Kosovo, bei dem das Leben von Menschen



Nicolas Schmit: „Das Recht auf Asyl besteht unabhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt.“ (FOTO: MARC WILWERT)

„Asyl ist nicht eine andere Form von Einwanderung. Deshalb muss man beide auch klar auseinanderhalten.“

zurückzuschicken, die nicht unbedingt eines Schutzes bedürfen. Asyl ist nicht eine andere Form von Einwanderung. Deshalb muss man beide auch klar auseinanderhalten. Es gibt also absolut keinen Widerspruch, es liegt in der Logik selbst eines aktiven Asylrechts.

■ Sie haben die Portefeuilles Immigration und Asyl sowie Arbeit und Beschäftigung in der Regierung übernommen. Muss es da nicht zu Interessenskonflikten kommen?

fundamental auf dem Spiel stand. Dies ist im Irak anders. Hier gibt es Gruppen – u. a. Christen, aber nicht nur –, deren Leben gefährdet ist und die schon seit Jahren in Lagern leben, wo die Bedingungen unvorstellbar sind. Das ist die Logik des Rechts auf Asyl: Jene, die Schutz brauchen, müssen es erhalten. Umgekehrt muss es möglich sein, jene

Erstens: Sicher werden wir nie jemandem den Status eines Flüchtlings vorenthalten, weil hier die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Die beiden Sachen haben überhaupt nichts miteinander zu tun. Das Recht auf Asyl besteht unabhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zweitens: Da ich die Ressorts Im-

Flüchtlingen in Luxemburg

sens erhalten“

Lastenverteilung und Regularisierung

migration und Arbeit innehaben, kann ich natürlich verschiedene Sachen vereinfachen. Wir sind dabei, die Prozeduren zu beschleunigen, die es einem Asylbewerber erlauben, eine Arbeit aufzunehmen. Hier gibt es zu viele Blockaden, das dauert viel zu lang, das können wir verbessern. Ich ziehe also Vorteile aus dem Doppelpassport. Drittens: Immigration ist generell auch ein Wirtschaftsfaktor. Deshalb sage ich ja, wir müssen Immigration von Asyl trennen. Asyl ist etwas ganz anderes, es ist hauptsächlich politisch. Wenn wir über Immigration reden, sind wir in einer Domäne, die – nicht nur und nicht immer, aber oft – ganz wirtschaftlich ist. Menschen wandern aus, um eine Arbeit und bessere Lebensbedingungen zu finden, weil sie glauben, dass der Arbeitsmarkt sie aufnehmen kann. Das war ja auch lange der Fall, das ist jetzt schwerer geworden. Deshalb können wir jetzt nicht automatisch die Türen für eine Wirtschaftseinwanderung offen halten, wo wir den Leuten nichts anbieten können. Wir brauchen also schon eine gewisse Steuerung, was die Wirtschaftsmigration angeht. Aber das hat nichts mit Asylpolitik zu tun. Niemand wird als Asylbewerber abgelehnt, etwa weil wir fürchten, er stünde morgen auf dem Arbeitsmarkt. Wer den Status eines anerkannten Asylbewerbers hat, besitzt die gleichen Rechte wie ein Luxemburger oder ein EU-Ausländer. Das steht nicht zu Disposition, das verlangt die Genfer Konvention, und da sehe ich als Arbeitsminister nicht das geringste Problem.

■ Ist eine nationale Flüchtlingspolitik in der EU überhaupt noch möglich angesichts der Furcht vieler Mitgliedsstaaten, mit einer liberalen Asylpraxis Flüchtlinge anzuziehen?

Das ist die berühmte Frage ... Im „grenzenlosen“ Schengen-Raum, sprich im größten Teil der Europäischen Union, gibt es das Phänomen des „Asyl-Shopping“: Jene Länder, die etwas offener sind, ziehen mehr Asylbewerber an als die weniger offenen. Sicher ist eine stärkere europäische Dimension nötig. Wir müssen unsere Prozeduren und Gesetzgebungen noch weiter einander annähern. Wir müssen vor allem die Asylpolitik in der Praxis vereinheitlichen. Es geht nicht, dass jemand, der aus dem Land X kommt, in einem EU-Land praktisch sicher Asyl erhält, während derselbe in einem anderen EU-Land abgelehnt wird. Die EU-Kommission plant, die Gesetzgebungen weiter zu harmonisieren, über ein EU-Unterstützungsbüro für Asylfragen Informationen besser zirkulieren zu lassen sowie die Asylpraxis und Asylverfahren anzugleichen. Als Luxemburger sind wir natürlich dafür. In weiterer Ferne steht die Frage, wo EU-Büros entstehen könnten, welche die Anträge behandeln, und wie die Menschen anschließend unter den EU-Ländern aufgeteilt werden.

■ Wie steht es mit der Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten?

„Burden sharing“ ist eine ganz heikle Frage. Wir sehen dies auf Malta, das aufgrund seiner geografischen Lage in den vergangenen Jahren eine große Zahl von Asylbewerbern aufgenommen hat. Dort haben sie jetzt die gleichen Zahlen wie wir in den 1990er-Jahren zu Zeiten der Balkan-Kriege. Damals hatten wir auch Probleme, dies organisatorisch zu bewältigen. In Malta ist die Lage noch komplexer, weil es eine Insel ist. Es ist eine Frage von Solidarität zwischen EU-Ländern. Wir als Luxemburger beteiligen uns nun an einer Solidaritätsaktion, einem Pilotprojekt mit Malta. So sind wir bereit, einige Flüchtlinge aus Malta zu übernehmen. Das löst das Problem der Malteser nicht, aber es zeigt zumindest, dass in Europa mehr Solidarität nötig ist.

■ Was geschieht mit Asylbewerbern, deren Antrag abgelehnt wurde, die aber nicht zurückgehen können?

Es gibt nur eine Antwort, nämlich, dass wir sie trotzdem regularisieren. Wir haben das ja schon einmal getan. Zwischen 2005 und 2009 haben wir rund 800 Menschen regularisiert. Das waren Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigungen bzw. Menschen, deren Asylantrag abgelehnt worden war und wo eine Rückkehr nicht möglich war. Da gibt es letztlich keine andere Möglichkeit als sie zu regularisieren. Damit wir dies machen können, müssen natürlich auch diejenigen zurückgeschickt werden, die keiner Gefahr ausgesetzt sind – soweit dies möglich ist. Anderenfalls bekommen wir das Problem nicht in den Griff. Ich sage das nicht gern, aber auch hier in Luxemburg gibt es eine Grenze, was die Aufnahmefähigkeit angeht. Ich weiß nicht, wo die Grenze ist, aber wir dürfen sie nicht überschreiten. Schon gar nicht in Krisenzeiten. Wir müssen aufpassen, dass wir den Konsens erhalten, der in Luxemburg besteht, ein großzügiges, offenes Land zu sein. Das gelingt nur, wenn man eine vernünftige Politik macht. Hier hat halt die Politik Vorrang vor Gefühlen. Aber es muss immer auf eine Art geschehen, dass kein Mensch einem unzumutbaren Risiko ausgesetzt ist.

■ Was ist mit jenen, die durch das Raster fallen? Droht bei uns eine Parallelgesellschaft zu entstehen?

Illegalität ist etwas Gefährliches, und wir können das nicht einfach akzeptieren. Es ist nicht die Person, die illegal auf dem Territorium ist, die eine Gefahr darstellt, es ist die Parallelgesellschaft, in der sie gezwungenermaßen lebt. Es ist auch ein Problem der sozialen Kohäsion. Wir können nicht eine legale Sphäre haben, wo die Menschen sich wohlfühlen, während andere Leute sich verstecken und immer Angst haben müssen, wenn sie auf die Straße gehen. Diese Situation ist inakzeptabel. Für einige, nicht für alle, ist eine Regularisierung daher die einzige Lösung.



Konstant: Seit einiger Zeit stellen jährlich zwischen 450 und 500 Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl in Luxemburg. (FOTO: AP)

Bernard-Massard
DEPUIS 1921
CUVÉE DE L'ECUSSON
BRUT
12%vol. MÉTHODE TRADITIONNELLE 75cl

Laissez-vous emporter par nos bulles

Participez à notre grand jeu Facebook sur www.goodnews.lu
et gagnez vos bouteilles Bernard-Massard pour les fêtes de fin d'année!

binsefeld

Eine kongolesische Familie fand in Luxemburg eine neue Heimat

Ein Leben in Sicherheit, Frieden und Frei

Ein Lastwagenfahrer brachte Andere Kabera von Lissabon nach Luxemburg. „Anfangs dachte ich, Luxemburg liege

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Andere Kabera ist Kongolese ruandischer Abstammung und wurde am 26. Dezember 56 Jahre alt. Geboren wurde er in der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Von dort flüchtete er während der Kriegswirren im Jahr 1998 mit seiner Frau und seinen vier jüngsten Kindern nach Goma in die Provinz Nord-Kivu, an der Grenze zu Ruanda und Uganda. In Goma geriet er in Gefangenschaft, flüchtete nach Uganda, wo er per Steckbrief vom kongolesischen Geheimdienst gesucht wurde. Nach vielen Monaten in Angst und auf der Flucht betrat er im Juni 2003 luxemburgischen Boden und beantragte politisches Asyl.

Andere Kabera handelte im Süd-Kivu erfolgreich mit Eisenwaren und Autos. Er machte Geschäfte mit Dubai, wohin er regelmäßig reiste. Er verdiente gutes Geld. Als 1996 der Kongokrieg ausbrach, wurden Andere Kabera und seine Familie aufgrund ihrer Ethnie verfolgt und flüchteten 1998 mit der Unterstützung katholischer Missionare in die Stadt Goma in der Provinz Nord-Kivu. „Für Ruander und Kongolesen ruandischer Abstammung war die Lage dort sicherer“, erklärt Andere. Seine älteste Tochter ließ er bei seinen Eltern und Geschwistern im Süd-Kivu zurück.

Andere ließ sich mit seiner Frau und seinen vier jüngsten Kindern in Goma nieder, nahm seine Geschäfte wieder auf und unterstützte mit seinem Geld eine Oppositionspartei. Noch im gleichen Jahr erfuhr er vom Tod seiner zurückgelassenen Familienmitglieder, die im Süd-Kivu von Regierungstruppen umgebracht worden waren.

Doch auch in Goma waren die Kriegswirren nicht beendet. „Von Bekannten erfuhr ich, dass man mich beschuldigte, die Milizen mit Waffen zu beliefern und dass man mich deswegen verhaften und zum Tode verurteilen wollte.“

Flucht nach Uganda

Ende 2002 wurde er festgenommen und in ein 50 Kilometer von Goma entfernt gelegenes Militärlager gebracht. Hier wurde er zweieinhalb Wochen festgehalten, verhört, geschlagen und gefoltert. Mit Elektroschocks und Zigaretten. Am ganzen Körper habe er Brandstellen, erzählt er. Geschlafen habe er auf dem Boden, im Dreck und im Schlamm.

Bekanntes seiner Familie gelang es, ihn zu befreien. Mit einem Kleintransporter wurde er über die Grenze nach Uganda gebracht. Dort tauchte er bei einem Freund unter. Seine Familie in Goma ließ ihm etwas Geld zukommen.

Als er erfuhr, dass er von der kongolesischen Regierung offiziell per Steckbrief gesucht wurde, beschloss er nach Europa zu flüchten. In der ugandischen Hauptstadt Kampala ging er an Bord eines Flugzeugs, das ihn nach Lissabon brachte. „Man hatte mir einen Ausweis besorgt von einer Person, die mir sehr ähnlich sah“, berichtet er.

„Doch in Lissabon konnte ich nicht bleiben. Ich konnte mich dort mit niemandem verständigen.“

Er traf einen Lastwagenfahrer, der eine Ladung Gemüse nach Luxemburg bringen sollte und der bereit war, ihn für ein paar Dollar mitzunehmen. „Weil ich dachte, Luxemburg liege in Belgien und ich wusste, dass man mich dort verstehen würde, stieg ich ein.“

Die Frage nach dem Datum seiner Ankunft beantwortet er, ohne zu zögern: „Am 4. Juni 2003. Ich fragte einen Afrikaner, den ich auf der Straße traf, nach der Anlaufstelle für Asylbewerber.“

Mit einem Zelt nach Echternach

„Man hat mir zwei, drei Fragen gestellt und mich dann zum Familienministerium geschickt. Dort wurde ich von Sozialarbeitern empfangen, bekam Busfahrkarten und man sagte mir, ich solle nach Echternach zum Campingplatz fahren.“ Er bekam ein Zelt zum Übernachten. „Ich erinnere mich genau an die Worte der Frau, die mich auf dem Campingplatz empfing. Sie sagte: ‚Komm, iss zuerst.‘“

Er habe sich zum ersten Mal seit langem in Sicherheit gefühlt, sagt Andere, „in Sicherheit, in Frieden und in Freiheit“.

Andere verbrachte einen Monat in Echternach, kam dann in ein Asylbewerberheim in der Hauptstadt, wo er bis 2006 blieb. Als dieses Heim geschlossen wurde, kam er nach Vianden. In dieser Zeit absolvierte er eine Lehre als Metall-Schweißer, die er erfolgreich abschloss, und besuchte luxemburgische Kurse. 2006 bekam er eine Arbeitsgenehmigung und fand eine Arbeitsstelle als Metall-Schweißer



Eine geglückte Familienzusammenkunft nach sechs Jahren: Andere (2.v.l.), seine Frau Mukamutesi (3.v.l.) und seine Kinder Ja Christian (r.) in ihrem Haus in Vianden.

bei Ateliers Dostert. „Mein Arbeitgeber hat sich sehr für mich eingesetzt und ich bin ihm unendlich dankbar“, erzählt Andere, der auch heute noch für ihn arbeitet.

Seit 2003 ist Andere Kabera in Luxemburg. Seit März 2007 ist er ein anerkannter politischer Flüchtling. In dieser Zeit sah er seine

Familie, die in der ruandischen Stadt Gisenyi bei den Eltern seiner Frau lebte, kein einziges Mal. Bis sie nach Europa reisen durfte, vergingen sechs Jahre. Im Mai 2009 schloss er sie das erste Mal wieder in seine Arme. „Sie können sich nicht vorstellen, welche Emotionen in einem solchen Moment hoch-

kommen“, beschreibt er den unvergesslichen Augenblick der Familienzusammenkunft.

Am 1. Januar werden Andere, seine Frau Mukamutesi Ziada, seine Tochter Liliane Uwase (21) und seine drei Söhne James Kabera (26), Christian Kirezi (18) und Joslain Uwizeye (13) das ruhige Vianden

Verfolgt und bedroht von kriminellen Banden im Kosovo

Xhem arbeitete als Journalist für mehrere albanische Zeitschriften und setzte sich für Minderheiten ein

Xhem ist 40 Jahre alt und will nicht erkannt werden. Er ist Kosovo-Albaner und stammt aus der Region Drenica im Zentrum Kosovos. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder. Bis 2008 lebte er in Pristina, wo er als Journalist für mehrere Zeitungen tätig war. Einige davon leitete er als Chefredakteur. Er unterstützte außerdem Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich für die Bekämpfung sozialer, humanitärer und kultureller Probleme und für die Integration aller Minderheiten einsetzen.

„Albaner sehen es nicht gern, wenn jemand Minderheiten unterstützt“, erzählt Xhem. Er sei bedroht worden, von kriminellen Banden, die versuchen, jede Demokratisierung des Landes zu unterbinden und das Land zu radikalisieren. „Diese Clans wurden nach der Befreiung des Kosovo aktiv und werden nicht von der Regierung kontrolliert. Die meisten Clan-Anhänger sind ungebildet und somit leicht zu manipulieren. Sie haben extremistische Ideen, das schadet unserem Land.“

Seine Frau und seine fünf Kinder leben derzeit noch im Kosovo. Sie

wurden massiv bedroht und mussten deshalb vor zwei Monaten aus Pristina wegziehen. „Sie leben jetzt etwa 80 Kilometer von der Hauptstadt entfernt an einem abgelegenen Ort“, berichtet Xhem. Er hofft, dass sie bald nach Luxemburg

kommen können. „Die Genehmigung liegt vor, es kann nicht mehr lange dauern“, ist er sich sicher.

Xhem verließ Ende 2008 seine Heimat. „Für mich war wichtig, nach Europa zu gelangen.“ Er traf einen Lastwagenfahrer an der

Grenze zu Ungarn. Dieser wollte nach Belgien und war bereit, Xhem mitzunehmen und in Luxemburg abzusetzen.

Xhem wurde im Foyer Don Bosco untergebracht. Nach sechs Monaten wurde ihm das Flüchtlingsstatut anerkannt. „Das ging schnell, weil die Lage klar war und weil es Dokumente und Kontaktpersonen gab, die meine Aussagen belegten.“

Xhem lebt heute in einem Asylbewerberheim in Rodange, hofft aber, so bald wie möglich in eine Wohnung ziehen zu können. Er hat keine Arbeit, besucht aber Französischkurse und unterstützt die Organisation Clae mit seinen informativen Kenntnissen.

Seine Wünsche und Ziele sind einfacher Natur: eine Arbeit finden, sich integrieren, ein normales Leben führen und echte Freunde finden.

Luxemburg sei für ihn zu einer zweiten Heimat geworden, und er empfinde tiefen Dank, „nicht nur, weil das Land mich aufgenommen hat, sondern für alles, was die Regierung für unser Land getan hat.“ (mig)



Xhem und die Dolmetscherin während des Interviews. „Meine Frau und meine fünf Kinder werden bald nachkommen.“ (FOTO: GERRY HUBERTY)

Interview avec un avocat spécialisé dans le droit d'asile

«La situation tend à s'améliorer»

Me Olivier Lang évoque les écueils auxquels se heurtent les demandeurs d'asile au Luxembourg

INTERVIEW: WOLF VON LEIPZIG

Dans une interview avec le «Luxemburger Wort» Maître Olivier Lang, avocat spécialisé dans le droit d'asile, évoque les écueils auxquels se heurtent les demandeurs d'asile au Luxembourg.

■ Quelle est la situation des demandeurs d'asile au Luxembourg?

Par rapport au sort qui est réservé à leur demande, elle n'est a priori pas meilleure ni moins bonne que dans les autres pays européens. Depuis la visite du HCR en avril 2009 où le doigt avait été mis sur certains aspects de la jurisprudence luxembourgeoise, non conformes aux instruments nationaux et internationaux en la matière, la situation tend encore à s'améliorer, surtout au niveau du Tribunal administratif. Depuis les législatives au Luxembourg cette année et la réorganisation des ministères, le ministre compétent pour l'asile et l'immigration l'est également pour le travail et l'emploi. Cette configuration, que l'on retrouve dans d'autres pays européens, peut s'avérer dangereuse car si immigration, travail et emploi sont des domaines incontestablement liés qui peuvent relever d'une politique gouvernementale définie, le même constat ne peut être fait pour les questions d'asile qui relèvent exclusivement du droit et dans lesquelles les considérations d'ordre politique n'ont pas leur place.

■ Est-ce qu'on peut faire la part des choses entre immigration et asile?

Théoriquement, oui, alors que le critère fondamental qui différencie un demandeur d'asile d'un immigrant, réside dans le fait que le demandeur d'asile, même s'il «immigre» effectivement au Luxembourg, le fait dans le but de réclamer une protection contre des risques de persécutions dans son pays. Si ce demandeur remplit les conditions légales pour l'obtention de cette protection, aucune autre considération ne pourra justifier un refus. Un immigrant qui n'est pas demandeur d'asile mais d'un simple titre de séjour, pourra presque toujours se voir opposer un refus, puisqu'il est de principe que chaque Etat a le pouvoir souverain de contrôler l'entrée des étrangers sur son territoire, même si ce pouvoir est limité par certaines obligations internationales, notamment celles imposées par la Convention européenne des droits de l'Homme.

■ Quelles sont les bases légales du droit d'asile?

D'abord, ce fut la Convention de Genève de 1951 et le protocole de 1967 (toujours en vigueur) adoptés dans le cadre des Nations unies, par lesquels les Etats signataires se sont engagés à accorder une protection aux personnes en danger dans leur pays. Ensuite, l'Union européenne s'est fixée comme objectif de parvenir à une politique d'asile européenne en établissant notamment des critères de recon-



Me Olivier Lang, avocat et vice-président de la Commission consultative des droits de l'Homme: «Aucune considération politique ne devrait venir s'immiscer dans l'examen d'une demande d'asile.» (PHOTO: MICHEL BRUMAT)

naissance communs. C'est ainsi qu'ont été adoptés différents instruments européens qui imposent des règles minimales communes relatives aux critères pour accorder ou refuser la protection, à la procédure qui devra être suivie à cette fin, aux conditions d'accueil des demandeurs le temps de cette procédure, mais aussi à la responsabilité des Etats membres pour examiner une demande alors que le principe est qu'une demande d'asile ne peut être examinée que par un seul Etat membre. Ces actes ont été transposés dans notre droit national par la loi modifiée du 5 mai 2006 relative au droit d'asile et à des formes complémentaires de protection.

■ Quelque 500 personnes se présentent chaque année au Luxembourg pour demander l'asile. Est-ce que le pays est préparé à accueillir cet afflux?

Il doit l'être et je pense qu'il l'est effectivement. Le Luxembourg est l'un des pays européens les mieux «équipés» pour accueillir ces demandeurs, où le niveau des conditions d'accueil est un des plus élevés (hébergement, aides sociales, éducation des enfants...). L'administration compétente pour décider de l'octroi de ces conditions d'accueil est le ministère de la Famille, en particulier l'Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration nouvellement institué (OLAI).

■ Est-ce qu'on constate un durcissement de la part des autorités? Les départs «volontaires» ne semblent pas toujours être volontaires.

C'est lorsqu'une personne qui a demandé l'asile est déboutée de cette demande, que la frontière entre asile et immigration disparaît pour elle. Chaque éloignement forcé du territoire de demandeurs d'asile déboutés, surtout lorsqu'il s'agit de familles qui sont au pays depuis plusieurs années, est un véritable drame humain. Même si ces per-

sonnes ont été déboutées, elles restent pour la plupart convaincues qu'elles sont en danger dans leur pays et certaines préféreraient mourir plutôt que d'y rentrer. Il est fondamental dans ces moments où le droit ne peut dans la plupart des cas plus rien pour leur permettre de rester, de les traiter en respectant les derniers droits qui leur restent; ceux fondamentaux et intangibles et en particulier leur dignité humaine.

■ Qu'est-ce que cela veut dire dans la pratique?

Il est inadmissible et illégal d'envoyer la police dans les foyers pour prendre des familles et les mettre de force dans des avions sans qu'aucun texte ne réglemente ces intrusions domiciliaires, alors que pour tout délinquant qui verrait son domicile perquisitionné, un tel texte existe. La plupart du temps, les éloignements forcés sont aussi préparés à l'insu des personnes concernées et de leurs avocats qui sont souvent mis devant le fait accompli et seulement informés une fois leurs clients éloignés. Pour ce qui est des pressions qui sont exercées pour les inciter à «accepter» un départ volontaire, en général, elles consistent à leur annoncer précisément une irruption de la police à leur domicile à tout moment pour les renvoyer ainsi de force. Lorsqu'il s'agit de familles, beaucoup de parents acceptent dans ces conditions un retour volontaire pour éviter un traumatisme supplémentaire à leur enfants.

■ Est-ce que les autorités tentent d'être équitables ou est-ce qu'on observe plutôt un durcissement de la politique?

Je pense qu'on peut dire les deux. Le ministre procède actuellement à des régularisations et il faut reconnaître que dans certaines situations, les décisions prises sont véritablement équitables. Il y a cependant des situations incompréhensibles

où certaines personnes sont régularisées alors qu'elles semblent moins le mériter que d'autres. Il y a aussi certains dossiers, où l'administration s'obstine à dire non.

■ Comment peut-on améliorer la situation des réfugiés?

La situation matérielle des demandeurs d'asile en procédure n'est pas mauvaise au Luxembourg, ils ont accès à des conditions d'accueil dont le niveau est supérieur au niveau européen moyen. Mais pour véritablement améliorer la situation des réfugiés, avant toute chose, il faut les reconnaître comme tels quand ils doivent l'être. Trop souvent, des personnes ne se sont pas vu octroyer l'asile alors qu'elles auraient dû l'avoir et ce genre d'accident arrive encore, malgré l'entrée en vigueur de la loi du 5 mai 2006 qui fixe désormais des critères légaux très précis pour décider si une personne a droit ou pas à l'asile. Seulement, la bonne application de cette loi ne dépend pas que du Tribunal administratif, mais de tous les acteurs de cette procédure: administration, avocats, tribunal, et surtout de l'instance supérieure qui a le dernier mot, la Cour administrative. C'est elle qui décide en dernier ressort.

■ Qu'en est-il des demandeurs déboutés qu'on ne peut pas renvoyer?

La simple logique voudrait qu'on leur donne un titre pour rester et travailler, mais cette décision relève d'un pouvoir très souvent discrétionnaire du ministre. Comme ils sont déboutés de leur demande d'asile et relèvent désormais de la législation sur l'immigration, la politique reprend ses droits. Si les raisons qui empêchent leur rapatriement sont temporaires, la loi permet de les tolérer provisoirement et c'est ce que l'administration fait dans la plupart des cas. Cependant si l'administration décide de ne pas leur faire cette faveur, ils restent quand-même là, souvent pris en charge par l'Etat dans des foyers, mais condamnés à l'oisiveté et à l'incertitude quotidienne quant à leur sort. Certains ne sont pas pris en charge et dorment dans la rue sans pouvoir prétendre à la moindre aide.

■ Et tentent leur chance ailleurs ...

Ceux-ci décident alors souvent de tenter leur chance dans un autre pays et c'est là qu'ils tombent dans le système Dublin et que ce pays les renvoie inexorablement vers le Luxembourg, puisque c'est le pays qui a examiné la demande d'asile d'un demandeur qui reste responsable de celui-ci même débouté. Actuellement, ce cercle vicieux ne peut être rompu que par une décision qui relève de la politique et non du droit. C'est là je pense un des nouveaux défis qui se présente à l'Union européenne qui devra réussir à instituer des règles contraignantes, alors que les droits fondamentaux de ces personnes sont réellement et gravement atteints dans ces situations.

heit

in Belgien.“



mes (l.), Joslain (4.v.l.), Liliane (2.v.r.) und (FOTOS: ARMAND WAGNER)

verlassen und in eine Wohnung in die Hauptstadt ziehen. Liliane studiert an der „Faculté de droit, d'économie et de finance“ auf Limpertsberg. James wird 2010 seine Studien wieder aufnehmen. Er besucht derzeit Informatikkurse, die Luxemburgisch-Kurse für Fortgeschrittene hat er abgeschlossen.

Besonders für seine beiden geistig behinderten Söhne Christian und Joslain sei Luxemburg ein Segen, sagt Andere, weil sie hier gefördert und unterstützt werden. Joslain besucht die „Education différenciée“ in Warken. Christian soll bald in einem „Atelier protégé“ in Esch/Alzette unterkommen.

Andere hat mit seiner Familie in Luxemburg eine neue Heimat gefunden. Sie wollen hier Freunde gewinnen und sich am sozialen Leben beteiligen. Andere sagt: „Ich danke dem luxemburgischen Staat für die Art und Weise, wie er Asylbewerber aufnimmt, ich danke allen Hilfsorganisationen, die die Integration von Flüchtlingen unterstützen, und ich danke Gott.“



Andere erzählt von seinem Leben während des Kongokrieges. Dank psychologischer Hilfe hat er die schlimmen Erlebnisse heute überwunden.